„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
„Western Printers Association, Limited"

J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.

Geschäftsstelle in Regina, Sask.:
1835 Halifax Straße.

Geschäftsstelle in Edmonton, Alta:
9753 Jasper Avenue.

Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can. All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Deutschcanadische Bewegung.

(Fortsetzung).

Um einem etwaigen Irrtum oder Mißverständnis vorzubeugen, sei ausdrücklich festgestellt, daß die Bewegung nicht nur deutsch,

sondern auch canadisch sein muß.

Mag unser Herz auch für das Deutschtum schlagen, so stehen wir doch mit beiden Füßen fest auf canadischem Boden. Dazu haben wir ein Recht, das aus den hohen Verdiensten und der Aufbautätigkeit deutschstämmiger Pioniere fließt. Dazu haben wir ein Recht als naturalisierte oder geborene canadische Bürger, die vor Verfassung und Gesetz mit allen anderen gleichberechtigt sind. Dazu sind wir aber auch verpflichtet, weil Rechte auch Pflichten in sich schließen. Was von unserer Seite zur Förderung canadischer Einrichtungen, für den Fortschritt von Zivilisation und Kultur, für die Hebung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens geschehen kann, soll geschehen, wenn man uns nur den nötigen Spielraum gewährt. Darum wollen wir auch vertreten sein in den Räten der Städte und Munizipalitäten, in den Schulvorständen, in den Parlamenten und Regierungen, in den Wirtschaftsorganisationen usw. Unsere Kinder, die in canadischen Schulen erzogen worden sind, sollen bei Vergebung amtlicher oder privater Stellungen voll und ganz berücksichtigt werden. Gleichberechtigung auf dem Papier ist für uns wertlos; es kommt auf die Tat und die praktische Verwirklichung an.

Ein Kernpunkt ist ohne Zweifel die Sorge um unseren Nachwuchs,

um unsere deutsch-canadische Jugend.

Sie wird vielfach als gleichgültig, teilnahmslos und oberflächlich hingestellt. Doch man sollte mit seinem Urteil nicht zu voreilig und zu scharf sein. Es ist gewiß auffallend, daß unsere deutschstämmigen Pioniere nicht nur den Mut und die Kraft zur Urbarmachung ihrer Scholle und zur Gründung eines Heimes hatten, sondern außerdem noch in Munizipalitäten und Schuldistrikten sich Geltung und Einfluß zu verschaffen wußten, während die liebe Jugend an diesen Errungenschaften der Väter scheinbar uninteressiert vorübergeht. Die Jugend der ganzen Welt ist nicht so stark politisiert, wie manche es gern sehen würden. Dann mag hierzulande auch das canadische Schulsystem einen Teil Schuld tragen, ohne daß man deswegen das ehrliche Wollen und die guten Absichten der Lehrkräfte in Zweifel ziehen muß. Ferner wird hier die Jugend von ernsten und idealen Aufgaben abgelenkt durch Sport und Spiel, „parties" und Tänze, durch die allgemeine Sucht, sich das Leben so mühelos und genußreich wie möglich zu gestalten. Wenn es nur zu einem Auto und einem Häuschen langt! Was die Einstellung zur deutsch-canadischen Bewegung angeht, so darf nicht übersehen werden, welch entsetzliche Verwüstung der Haß gegen alles Deutsche in der Kriegszeit und danach angerichtet hat. Deutsche Schriften oder Zeitungen werden selten gelesen, höchstens die Sportnachrichten und die gesellschaftlichen Mitteilungen in englischen Blättern. Sind Vater und Mutter vielleicht auch lau gewesen, haben sie nicht mit dem nötigen Ernst auf die Erhaltung der deutschen Sprache gedrungen, ließen sie die Zügel der Autorität auf dem Boden schleifen, so darf man sich nicht über den Nachwuchs wundern. Es gibt unter den jungen Leuten aber auch prächtige Menschen, die gewiß einmal ihrem deutschen Namen und ihrer Herkunft alle Ehre machen werden. Jedenfalls muß die deutsch-canadische Bewegung die Jugendfrage mit Ernst und Liebe behandeln, weil das für unsere Zukunft entscheidend ist.

Damit sind wir bei der Familie angelangt,

in welcher das Fundament für die Jugend gelegt wird. Hier entwickeln sich die Knaben und Mädchen, wachsen sie heran zu Jünglingen und Jungfrauen, um später als Männer oder Frauen in den Kampf des Lebens hinauszutreten. Vom religiösen und deutschen Geist der Familie hängt es ab, ob die jungen Leute zu vollwertigen Menschen, nützlichen Gliedern der Gesellschaft und pflichtbewußten Bürgern werden. Im Schoße der Familie muß ihnen das frohe und stolze Bewußtsein unauslöschlich eingeprägt werden, daß sie Kinder deutscher Eltern sind, daß deutsches Blut durch ihre Adern rollt, daß die Muttersprache ein Heiligtum und eine Kostbarkeit ist, daß „deutsch" und „canadisch" sich nicht widersprechen, sondern sich ergänzen. Wie leicht lassen sich Kinderseelen beeinflussen, im bösen wie im guten Sinne! Möchten doch alle Väter und Mütter dies bedenken und unentwegt danach handeln! Dann könnten aus jeder deutschsprechenden Familie tüchtige Mitarbeiter in der deutsch-canadischen Bewegung hervorgehen. Mithin ist die Verantwortung der Eltern sowohl vor dem ewigen Richterstuhl Gottes wie auch vor dem Deutschtum in Canada eine ungemein hohe und ernste. Väter, Mütter, kennt und begreift Ihr die Pflichten, welche Ihr der werdenden deutsch-canadischen Bewegung gegenüber habt?

(Fortsetzung folgt).

Sagen Sie es Ihren Freunden:

„Der Courier ist die führende deutsche Zeitung in Canada!"

Deutsche und französische Einstellung.

Wir haben uns angewöhnt, immer wieder mit Menschen zu rechnen, anstatt mit Tatsachen, schreiben die „Leipziger Neueste Nachrichten." Wir werden ununterbrochen und immer wieder enttäuscht." Erinnern wir gar nicht daran, wie wir in unserer Außenpolitik der Reihe nach mit Rußland, mit England, mit Italien, mit Amerika und schließlich auch mit Oesterreich rechnen. Wir haben zuletzt erlebt, daß der Präsident der Vereinigten Staaten einen Wirtschaftsplan überdacht hatte, der eine Erweiterung seines Moratoriums oder vielleicht auch etwas völlig anderes, jedenfalls aber ein Mittel zur weiteren wirtschaftlichen Beruhigung der Welt bedeuten sollte, und wie derselbe Präsident unter der Drohung der Goldausfuhr diesen Plan bei dem Erscheinen Lavals in Washington verschwinden ließ. Wir haben auf Briand gebaut, dessen Gesicht und dessen Stimme man heute in Paris fast schon zu vergessen beginnt, weil man ihn so selten sieht, und wenn er erscheint, nicht mehr vollkommen beachtet, und weil seine Stimme gegenwärtig nur noch ab und zu im Völkerbundsrate gehört wird, der gar nicht mehr, wie ab und zu noch immer behauptet wird, dazu da ist, um den Frieden der Welt, sondern nur um sich selbst vor dem Gespött der ganzen Welt zu retten.

Und wir haben schließlich auch auf Laval gebaut, der allerdings gefühlt zu haben scheint, daß Reichskanzler Brüning eine Erscheinung und eine Geistigkeit aus einer ganz anderen kulturellen Gegend ist. Was aber haben wir vor einigen Tagen von ihm gehört? Eine Rede, die uns Wirtschaftliche übertragen, wieder einmal eine Paraphrase jenes übeln Couplettrefrains „Securite d'abord" (Sicherheit über alles) gewesen ist.

Dabei ist es Laval sicherlich nicht einmal so sehr um den Effekt, um die Zahlung, um das Geld, zu tun, als um den Schein. Wenn auch noch vor dem Volke von der unbedingten Notwendigkeit der Erfüllung der „geheiligten Schulden" durch die Deutschen gesprochen wird (wozu gesagt werden muß, daß noch niemals ein Franzose jene Schulden als „geheiligt" bezeichnete, die Frankreich in Amerika zu bezahlen hat), so wissen doch die Auguren längst, daß die Zeit der Reparationen vorbei ist. Aber dieser Vertrag, der Youngplan, soll bestehen bleiben. Man soll wieder einmal eine Waffe in Händen haben, die man gegen Deutschland schwingen kann.

Je sicherer sich die Erkenntnis durchsetzt, daß Reparationen keine Schulden sind, die man mit moralischen Hinweisen einfordern kann, desto lebhafter wird Frankreich diese Waffe schwingen.

Unter den vielen Fehlern, die wir in den letzten Jahren begangen haben, und die wegleugnen zu wollen, überflüssig wäre, ist der schwerste einer, daß man übersehen hat, daß man einem Rentnervolke gegenübersteht. Es ist das Lebenselement des Rentners, in seinem Schranke Papiere zu wissen, die ihm den ruhigen Schlaf garantieren. Er kann und er will nicht zwischen diesen Papieren differenzieren. Man darf einem solchen Volke keinen Vertrag in die Hand geben, dessen Erfüllungsmöglichkeit nicht bombensicher ist, und von dessen Erfüllungsverpflichtung man nicht selber überzeugt ist.

Rußland als Konkurrent Amerikas und Englands.

Lange schon hat Rußland gedroht, den chinesischen Markt für sich zu gewinnen durch Unterbieten der Preise. Nun ist der Anfang damit gemacht worden. Zwei russische Schiffe brachten 7,000 Tonnen Weizen und 3,000,000 Gallonen Petroleum als Vorläufer weiterer und größerer Sendungen. Diese russische Ausfuhr schädigt besonders den amerikanischen und englischen Handel sowie auch den japanischen, der durch den chinesischen Boykott bereits erheblich gelitten hat.

Im letzten Jahre importierte China 183,688 Tonnen Weizen, davon 37,037 aus den Vereinigten Staaten. Auf Grund des durch Ueberschwemmungen in China entstandenen Mangels an Getreide hatten die Vereinigten Staaten sich kontraktlich verpflichtet, in diesem Jahr 450,000 Tonnen Weizen zu liefern. Von den 175,600,000 Gallonen Petroleum, die China im letzten Jahre importierte, kamen 123,200,000 Gallonen aus den Vereinigten Staaten. Der amerikanische Handel mit China in diesen Bedarfsartikeln war also bislang immerhin von Bedeutung.

Die nunmehrigen Exporte aus Rußland gingen an chinesische Firmen, da Rußland in China keine Verkaufsorganisation besitzt, welche die Verteilung der Waren besorgt. Und wo immer die Sowjets direkte Verkäufe abschlossen, wie in Harbin, unterboten sie jegliche Konkurrenz, so daß alle anderen Petroleum-Gesellschaften in Harbin empfindliche Verluste erlitten. Wenn das so weiter geht, werden diese Gesellschaften sich zurückziehen müssen, so daß Rußland schließlich den mandschurischen Markt vollständig kontrolliert und alle anderen Oelgesellschaften sich aus demselben zurückzuziehen gezwungen sein werden.

Sowjetrußland kann sich dieses Vorgehen leisten, da seine Produktionskosten im Vergleich mit denen anderer Länder so gering sind, daß es jeden Mitbewerb zu unterbieten vermag. Denn in Rußland herrscht bekanntlich Zwangsarbeit für Männer, Frauen und Kinder zu Löhnen, wie sie in allen anderen Ländern undenkbar sein würden. Und darunter muß die freie Arbeit in der übrigen Welt leiden, wie nun die in den amerikanischen Oelfeldern. Unsere Farmer spüren den Mitbewerb Rußlands an dem niedrigen Preise für Weizen, da Rußland solchen in Massen zu jeglichen Mitbewerb unterbietenden Preisen auf den Markt bringt. Und diese Lieferungen sind nur die Vorläufer für weitere und größere für die Zukunft geplant. Es wird den anderen Ländern kaum etwas anderes übrig bleiben, als sich aus den von Rußland belieferten Provinzen Chinas vollständig zurückzuziehen.

Westliche Post.

Weltumschau

Deutsche Bauern in Opposition. — Die erstmals aus Mecklenburg gemeldete und unter der Bauernbevölkerung mehr und mehr an Boden gewinnende Bewegung zur Verhinderung von Zwangsversteigerungen und Gerichtsvollziehungen hat nunmehr auch auf Ostpreußen übergegriffen. Während sich die mecklenburgischen Bauern entschlossen haben, jeden, der gut ein Zwangsversteigerungs-Objekt bietet, gesellschaftlich und gesellschaftlich zu boykottieren, weigern sich die Bauern in Ostpreußen, Zahlungen zu leisten, die ihren Besitzwert schmälern würden. Die Bewegung hat bereits solchen Umfang angenommen, daß sich die Handelskammer beschwerdeführend nach Berlin gewandt hat. Da die Grundstückswerte in diesen Landesteilen infolge der Depression außerordentlich niedrig sind und der Erlös einer Zwangsversteigerung kaum zur Deckung der ersten Hypothek genügt, haben die Gläubiger faktisch kein Mittel, um eine Bewegung von der geschilderten Art erfolgreich zu bekämpfen.

Die Weihnachtsfeiertage sind mit Ausnahme einiger kleiner Zwischenfälle in mehreren Städten und der Verhaftung von 28 Nationalsozialisten in Hamburg ruhig verlaufen. Zwei Kommunisten wurden von einem Polizisten, den sie in dem Dorf Schwante bei Potsdam angriffen, durch Schüsse tödlich verwundet. Ein Nationalsozialist wurde in Hamborn schwer verwundet. Nationalsozialisten wurden verhaftet, weil sie das Verbot politischer Veranstaltungen über Weihnachten durch einen Umzug in Nahstedt übertraten.

Großer deutscher Finanzmann gestorben. — Dr. h. c. Arthur von Gwinner, der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrat der Deutschen Bank, ist im Alter von 76 Jahren verstorben. Von Gwinner, der 25 Jahre lang dem Direktorium der Deutschen Bank angehörte, hat wie kaum ein anderer Direktor einer Aktienbank eine Rolle in der internationalen Finanz gespielt.

Arthur Gwinner wurde am 6. April 1856 als Sohn des späteren Geheimen Regierungsrats Dr. Wilhelm Gwinner geboren. Nachdem er viele Jahre im Auslande tätig gewesen war und leitende Bankstellen in London und Madrid bekleidet hatte, kam er mit 32 Jahren nach Berlin zurück und erwarb das Bankhaus Ries & Itzinger, das er unter der Firma Arthur Gwinner & Co. weiterführte. Im Jahre 1894 trat er als Achtunddreißigjähriger in das Direktorium der Deutschen Bank ein und liquidierte das Eigengeschäft. Herr von Siemens, der damalige führende Geist der Deutschen Bank, hatte Gwinner an sich gezogen. In ähnlicher Weise sicherte sich Gwinner später bei seinem rapiden Aufstieg die Dienste des späteren Reichsfinanzministers Helfferich.

Für mehr als zwei Jahrzehnte hat Gwinner die Führung der internationalen Geschäfte der Deutschen Bank gehabt. Sein Name war verbunden mit der Begründung einer Reihe von Großunternehmungen — der Deutsch-Ueberseeischen Elektrizitätsgesellschaft, der Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich, der Steaua Romana A. G. für Petroleum Industrie, Bukarest, der Deutschen Ueberseebank, der Anatolischen Eisenbahn-Gesellschaft und besonders der Bagdad-Eisenbahngesellschaft. Im Rahmen der von Gwinner geleiteten Außenfinanzpolitik der Bank wurden Häfen gebaut und Deutschlands Handelsbeziehungen bis Südamerika und nach dem Orient immer weiter ausgebaut.

Auch an äußeren Ehren ist die Laufbahn Gwinners reich gewesen. Ihm wurde der erbliche Adel verliehen und er wurde von Krosigk von Preußen in das Herrenhaus berufen. Gwinner war jedoch nicht nur Bankmann und Geldverdiener im landläufigen Sinne des Wortes, sondern zeichnete sich auch durch Förderung vieler kultureller Bestrebungen aus. Das Senkenberg-Museum in Berlin legen davon beredtes Zeugnis ab. Im Jahre 1921 wurde ihm von der Universität Erlangen in Anerkennung seiner volkswirtschaftlichen Verdienste, besonders um die Entwicklung der bayerischen Stickstoffindustrie, der Ehrendoktortitel der Staatswissenschaft verliehen.

Die Arbeitslosigkeit in Frankreich. — „Billige ausländische Arbeitskräfte", denen so häufig die Schuld für die Schwierigkeiten der amerikanischen Industrie in die Schuhe geschoben wird, ist auch jetzt der Schrei, der in Frankreich ausgestoßen wird. Die jetzigen französischen Bestimmungen, die die Zahl der fremden Arbeiter, denen im letzten Jahre die Einwanderung in Frankreich gestattet war, auf 36,500 beschränkt, werden für nicht ausreichend gehalten.

Im Jahre 1911 waren 531,000 Ausländer in Frankreich beschäftigt. In 20 Jahren hat sich diese Zahl auf 1,78,000 erhöht, ein Zuwachs von 121 Prozent. Inzwischen haben Arbeitskräfte sparende Maschinen und andere Verhältnisse die Zahl der Arbeitsplätze um 369,000 verringert. So sieht sich denn Frankreich der Wahrheit mit 1,016,000 weniger Arbeitsgelegenheiten für seine eigenen Bürger, als vor 20 Jahren gegenüber. Allerdings verlor Frankreich 1,700,000 Menschen im Kriege und eine gleiche Zahl wurde invalide.

Die Arbeitslosenlisten erregen einige Befürchtung. Die amtlichen Zahlen zeigen nur 111,000 Arbeitslosen, die wirklich staatliche Hilfe erhalten oder in den staatlichen Stellenvermittlungen auf der Liste stehen. Einige mit diesem Gebiet Vertraute sagen, daß etwa das Dreifache die richtige Zahl der Arbeitslosen in Frankreich sein würde.

Frankreich hat die fremden Arbeitskräfte für gewisse Arten von Saisonarbeit nötig, aber die Führer der organisierten Arbeiterschaft sagen, daß diese Arbeiter in Frankreich bleiben und sich anderen Beschäftigungen zuwenden. Es sind strengere Bestimmungen für Erlaubnisscheine zur Beschäftigung fremder Arbeiter und eine Erhöhung in der Zahl der Deportierungen wegen ungesetzlicher Beschäftigung in Kraft gesetzt worden.

Polnisches Einfuhrverbot. — Wie bekannt gegeben wurde, trat am 1. Januar ein polnisches Einfuhrverbot für verschiedene Warengattungen und eine Zollerhöhung für alle anderen in Kraft. Die hohen Zölle sollen Polens günstige Handelsbilanz schützen und als Vergeltungsmaßnahme für Tariferhöhungen anderer Nationen dienen.

Die Vereinigten Staaten werden durch die Neuregelung wenig betroffen. Die Hauptleidtragenden sind Deutschland, Oesterreich und die Tschechoslowakei. Besondere Erleichterungen sind für die Einfuhr durch den polnischen Hafen Gdingen und durch Danzig vorgesehen.

Der Warschauer Korrespondent der Berliner „Vossischen Zeitung" berichtet, daß die neuen Zollregeln Polens 200 Warengattungen betreffen, hauptsächlich elektrische Artikel, Maschinerie und Textilfabrikate. Nach Meldung des Korrespondenten ist Polen bereit, mit anderen Ländern in Bezug auf limitierte Zulassung der durch Embargo getroffenen Waren Verhandlungen zu führen.

Prag, Moskau und Japan. — Karl Pantel, der Attache der tschechischen diplomatischen Vertretung in Moskau, der von den Russen beschuldigt wird, in ein Komplott zur Ermordung des japanischen Botschafters in Moskau verwickelt gewesen zu sein, ist von seiner eigenen Regierung entlastet worden.

Ein vom Tschechischen Auswärtigen Amte ausgegebenes Communique bezeichnet die Beschuldigung als „aufgebauscht und höchst unwahrscheinlich." Es fügt hinzu, daß die Sowjets aus einem geheimnisvollen Grunde die Tschechoslowakei anscheinend in den Augen des russischen Volkes zu kompromittieren suchen.

Präsident Petrowsky verurteilte in der Schlußsitzung des Moskauer Zentralexekutivkomitees die angebliche Verschwörung eines Mitgliedes der tschechischen Gesandtschaft zur Ermordung des japanischen Botschafters. Er erklärte, das Komplott zeigte wiederum, daß internationale Intrigen darauf hinzielten, die Vorbedingungen für einen Angriff auf Sowjetrußland zu schaffen, daß die Durchführung des Fünfjahrplanes in vier Jahren jedoch sorgfältig vor Gefahr geschützt werde.

„Mögen diejenigen, die einen Krieg gegen uns vorbereiten," sagte Petrowsky, „bedenken, daß im Falle eines Angriffs die werktätigen Massen der Sowjetrepublik sich wie ein Mann zum Schutze ihres Landes erheben werden."

Neue chinesische Regierung. — Nach dreiwöchentlichem Interregnum hat China wieder eine in aller Form eingesetzte Regierung erhalten. An ihrer Spitze, als Nachfolger des Generals Chiang Kai Shek, der sich grollend nach seinem in Nordchina gelegenen Landgut zurückgezogen hat und mit dem politischen Getriebe seines Landes nichts mehr zu schaffen haben will, ist Lin Sen getreten, der 67 Jahre alte bisherige Präsident des legislativen Yuan oder Gesetzgeber-Rats. Er wurde zu seiner neuen Würde vom Vorstand der Kuomintang (Nationalpartei) erwählt, an dessen Spitze sich Nankinger und Kantoner Parteiführer beteiligten.

Sun Fo, ein früherer Eisenbahnminister Chinas, der zu der Kantoner Parteigruppe gehört, wurde mit dem Vorsitz im Verwaltungs-Yuan betraut, ein Posten, der etwa demjenigen des Premiers in europäischen Ministerien entspricht. Da sein Wort für die Besetzung der hohen Regierungsämter so gut wie ausschlaggebend sein wird, sieht man seine Ernennung zu dem Posten für einen Sieg Kantons an.

Chiang Kai Shek, den die Kantoner aus dem Posten des Präsidenten der Republik China verdrängt haben, wurde mit einem der neun Sitze in der Leitung des Zentralexekutivkomitees der Regierung abgefunden.

Gandhi an Lord Willingdon. — Der Mahatma Gandhi richtete an Lord Willingdon, den Vizekönig Indiens und früheren Generalgouverneur Canadas die telegraphische Anfrage, ob die jüngst erlassenen Verordnungen der britischen Indienregierung in Bengalen, den sogenannten Vereinigten Provinzen und im nordwestlichen Grenzland Indiens das Ende ihrer friedlichen Beziehungen zu der indischen Kongreßpartei bedeuteten, und ob der Vizekönig ihn zum Zwecke der Anbahnung einer Versöhnung empfangen wolle.

Gandhi erstattete einer großen Anzahl von indischen Kongreßmitgliedern Bericht über den Verlauf der Londoner Indienkonferenz und war bemüht, die Versöhnungsformel zu finden. Auch Vallabhoj Patel, der Vorsitzende der indischen Nationalpartei, ist zum Frieden geneigt, wenigstens bis zu der entscheidenden Parteitagung, die im März in Kalkutta stattfindet wird, aber sein Bruder, Vithalbhai Patel machte sich über Gandhis Geduldprogramm lustig und erklärte: „Man kann den Sinn des Feindes nicht durch Leiden ändern. Der Kongreß muß entweder Indien die Freiheit erstreiten oder abtreten. Ich selbst werde gegen die britische Regierung bis zum letzten Atemzug kämpfen."

Unter der Gefolgschaft Gandhis regt sich der Argwohn, daß er vielleicht in eines von den Komitees eintreten werde, welches die britische Regierung zu ernennen gedenkt, um das mißratene Werk der Londoner Indienkonferenz auszugleichen.

Samoa begehrt auf.

Das ehemals deutsche Samoa — aus Tausenden schöne, blumenbekränzte Mädchen und Jünglinge, viele Blüten, stehen dem Deutschen vor Augen, wenn er diesen Namen hört. Vergangen sind die Zeiten, in denen diese Vorstellung der Wirklichkeit entsprach; eine neue Herrschaft hat auf dieser Insel des Friedens und der Schönheit begonnen. Die Deutschen, deren Ehrgeiz es war, Land und Leuten möglichst die alten Sitten und Gebräuche zu belassen, wurden in Versailles für unwürdig erklärt, unmündige Völker zu betreuen, und so kamen die Samoaner unter „bessere" Herren: Westsamoa unter Neuseeland, Ostsamoa unter die Vereinigten Staaten.

Bald aber setzte, besonders in Westsamoa, tiefe Unzufriedenheit ein. Die Samoaner stellten Vergleiche zwischen einst und jetzt an, und diese Vergleiche fielen nicht zugunsten der neuen Herren aus. Jetzt hat die Volksvertretung von Westsamoa, die „Mau", hinter der rund 50 v. H. der Bevölkerung stehen, in einer Eingabe an die drei Unterzeichner des Versailler Vertrages von 1889, an England, die Vereinigten Staaten und Deutschland, aufbegehrt. Auf Grund dieses Vertrages fordern die Samoaner die Wiederherstellung der vollen Neutralität, Autonomie und Unabhängigkeit des Landes und begründen ihr Verlangen mit der Mißwirtschaft und den Gewaltmaßnahmen des gegenwärtigen Mandatars Neuseeland. Deutschland habe, so heißt es in der samoanischen Eingabe, die Verwaltung des Landes im Sinne eines Protektorats geführt. Mit Unrecht sei während des Krieges die Neutralität Samoas verletzt worden. So hat der deutsche Gouverneur von Westsamoa vor Eintreffen des neuseeländischen Expeditionskorps die samoanischen Häuptlinge ausdrücklich angewiesen, die Neutralität zu wahren.

Wenn Deutschland im Versailler Diktat auf alle Rechte auf seine überseeischen Besitzungen verzichtet hat, so bedeutet das hinsichtlich Samoas nur einen Verzicht auf das Protektorat. Statt dessen ist Samoa in den Mandatsbestimmungen als Kolonie behandelt worden. Samoa verlangt in seiner Eingabe Wiederherstellung des alten Zustandes und freien Verkehr zwischen den beiden getrennten Landesteilen. Samoa erklärt, es müsse den Haager Gerichtshof anrufen, wenn die Mächte des Berliner Vertrages den in der Denkschrift niedergelegten Grundsätzen nicht zustimmten.

Hindenburg an die Deutschen und die Welt

Radio-Ansprache des Reichspräsidenten durch deutsche, englische und amerikanische Rundfunksender verbreitet.

Berlin, 31. Dezember. — Der greise Reichspräsident Paul von Hindenburg richtete eine Neujahrsbotschaft an das deutsche Volk, die außer im Reich und dem übrigen Mitteleuropa von allen englischen und amerikanischen Rundfunksendern verbreitet wurde.

Mit fester Stimme, die nur manchmal für einen kurzen Moment etwas schwächer wurde, ermahnte Hindenburg das deutsche Volk, in dieser schweren Zeit auszuharren und auf Gott zu vertrauen, der so oft schon geholfen hat, wenn die Not am höchsten schien. Er ermahnte aber auch das Ausland, keine unerfüllbaren Forderungen zu stellen und den gerechten Anspruch Deutschlands auf gleiche Rüstung anzuerkennen.

Die Rede lautete im deutschen Originaltext:

„Deutsche Männer, deutsche Frauen!

„Aus meinem Amt als Reichspräsident und aus der Tatsache, daß ich als alter Mann einen verhältnismäßig großen Abschnitt der deutschen Geschichte miterlebt habe, folgere ich die Berechtigung, heute am Ende eines schicksalschweren Jahres einige aus treuem Herzen kommende Worte an Sie zu richten, um Ihnen zu helfen, die Not der Zeit zu tragen.

„Ich bin mir vollkommen bewußt, welche gewaltigen Opfer von jedem von uns verlangt werden, auf daß wir in die Lage versetzt werden, durch eigene Kraft die gegenwärtige Notzeit zu überwinden. Dem deutschen Volk gebührt aufrichtiger Dank und hohe Anerkennung für die Opferbereitschaft und die Geduld, mit der es in der Erkenntnis der bitteren Notwendigkeit alle Lasten und Lasten trägt.

„Dies sei zuerst gesagt. Anderseits berechtigt uns aber die Größe der Opfer, die wir bringen,

zu der Forderung,

daß die anderen Nationen keine unerfüllbaren Forderungen an uns stellen und sich durch solche Zumutungen unserer Gesundung entgegenstellen.

„Auch in der Abrüstungsfrage darf Deutschland der gleiche Anspruch auf Sicherheit nicht verwehrt werden. Dieser Anspruch ist so gerechtfertigt, daß er nicht bestritten werden kann. Unwillkürlich denke ich oft an Tannenberg zurück. Damals waren wir in einer ähnlich schwierigen Lage wie heute. Folgenschwere Entscheidungen waren zu fällen und große Anforderungen mußten an unsere Truppen gestellt werden, um des Erfolges gewiß zu sein. Mancher mag in seinem Herzen Bedenken gehabt haben, aber gegenseitiges Vertrauen, treue Kameradschaft, tiefe Vaterlandsliebe und Glaube an uns selbst hielten uns fest zusammen, so daß die Entscheidung nach mehrtägigem großen Ringen zu unseren Gunsten ausfiel.

„Auch heute rufe ich in einer abermals ernsten Stunde das deutsche Volk zu unerschütterlicher Einigkeit auf. Lassen Sie uns Hand in Hand den sorgenschweren Zeiten entgegengehen und nicht verzagen. Möge keiner verzweifeln. Gott hat uns Deutsche schon oft aus tiefer Not errettet, er wird uns auch jetzt nicht verlassen.

„Und nun wünsche ich dem ganzen deutschen Volke und jedem einzelnen aus vollem Herzen ein glückliches neues Jahr."

Nachdem Hindenburg seine Ansprache geschlossen hatte, erklang das Deutschlandlied.

Bombe in Santiagos Kathedrale explodiert.

Santiago, Chile. — Eine kleine Bombe explodierte in der hiesigen Kathedrale. Niemand wurde verletzt, und der angerichtete Schaden ist unbedeutend. Die Behörden sind der Ansicht, daß es sich hier um die Tat eines Wahnwitzigen handelt, die in keinerlei Verbindung mit der kürzlichen Agitation der Kommunisten steht.

Pariser Meldungen sagen, daß die dünnen, wie mit einem Bleistift gezogenen Augenbrauen außer Mode sind und die Mädchen jetzt Brauen züchten müssen, die dick an der Nase sind und dann allmählich dünner werden. Ein Glück, daß Paris gestattet, daß die Ohren noch wie gewöhnlich getragen werden dürfen und die Frauenwelt ihre Nase nicht abzuschneiden braucht.